

Amtliches Kreis-Blatt

für den

Unterlahn-Kreis.

Amtliches Blatt für die Bekanntmachungen des Landratsamtes und des Kreis Ausschusses.
Tägliche Beilage zur Diezer und Emser Zeitung.

Preise der Anzeigen:
Die einspaltige Zeile oder deren Raum 30 Pfg.,
Reklamazeile 90 Pfg.

Ausgabestellen:
In Diez: Rosenstraße 36.
In Bad Ems: Römerstraße 96.

Druck und Verlag von H. Chr. Sommer,
Diez und Bad Ems.
Verantw. f. d. Schriftl. Paul Lange.

Nr. 151

Diez, Dienstag den 15. Juli 1919

59. Jahrgang

Gesetz, betreffend Gemeindeeinkommenbesteuerung im Rechnungsjahr 1919.

Vom 4. Juni 1919.

Die verfassungsgebende Preussische Landesversammlung
hat folgendes Gesetz beschlossen, das hiermit verkündet wird:

Einziger Paragraph.

Die Gemeinden können durch Beschluß die Gemeinde-
einkommenbesteuerung für das Rechnungsjahr 1919 aus-
nahmsweise abweichend von den Bestimmungen des § 37
des Kommunalabgabengesetzes so regeln, daß die steuer-
pflichtigen natürlichen Personen zu den Gemeindezuschlägen
nach einem Tarife herangezogen werden, der in seinen Sätzen
bei Einkommen

von mehr als 900 bis einschl. 1050 Mark bis zu 100
vom Hundert,

von mehr als 1050 bis einschl. 1200 Mark bis zu 100,

von mehr als 1200 bis einschl. 1350 Mark bis zu 100,

von mehr als 1350 bis einschl. 1500 Mark bis zu 100,

von mehr als 1500 bis einschl. 1650 Mark bis zu 90,

von mehr als 1650 bis einschl. 1800 Mark bis zu 80,

von mehr als 1800 bis einschl. 2100 Mark bis zu 70,

von mehr als 2100 bis einschl. 2400 Mark bis zu 60,

von mehr als 2400 bis einschl. 2700 Mark bis zu 50,

von mehr als 2700 bis einschl. 3000 Mark bis zu 40,

von mehr als 3000 bis einschl. 3300 Mark bis zu 30,

von mehr als 3300 bis einschl. 3600 Mark bis zu 20,

von mehr als 3600 bis einschl. 3900 Mark bis zu 10

vom Hundert hinter den gegenwärtigen Tariffuß zurück-
bleibt und daß dafür die steuerpflichtigen Personen mit
einem Einkommen von mehr als 6500 Mark nach einem
Tarife herangezogen werden, dessen Sätze die gegenwärtig
geltenden überschreiten, dabei jedoch nicht über die im § 1
des Gesetzes vom 8. Juli 1916 (Gesetzsammlung S. 109) für
die natürlichen Personen vorgesehenen Zuschlagsprozente
hinausgehen.

Das durch die stärkere Heranziehung der höheren Ein-
kommen entstehende Mehr an Steuer soll den Ausfall, der
durch die Entlastung der niederen Einkommen einschließlich
etwa eintretender Zinsausfälle und Mehrkosten sowie durch
den etwaigen Verzicht auf die Heranziehung der Steuer-

pflichtigen mit einem Einkommen von nicht mehr als 900
Mark entsteht, nicht überschreiten.

Berlin, den 4. Juni 1919.

Die Preussische Staatsregierung.

J.-Nr. II. 6504.

Wird veröffentlicht.

Diez, den 8. Juli 1919.

Der Vorsitzende des Kreis Ausschusses.

J. B.

Scheuern.

Gesehen und genehmigt:

Der Chef der Militärverwaltung des Unterlahnkreises.

Chatras, Major.

J.-Nr. IV. 17.

Diez, den 9. Juli 1919.

Bekanntmachung.

Betrifft: Bezug von Saatkartoffeln der
Ernte 1919.

Um von der Ernte 1919 anerkannte Saatkartoffeln zu
erlangen, ist eine Bestellung schon jetzt erforderlich, da die
Nachfrage nach anerkannter Ware groß ist.

Der 8. Landwirtschaftliche Bezirksverein beabsichtigt da-
her, für den Herbst 1919 bezw. das Frühjahr 1920
einen gemeinschaftlichen Bezug von anerkannten Saatkar-
toffeln schon jetzt einzuleiten. Wie im vergangenen Jahre,
so kann auch dieses Jahr die „Modrows Industrie“ als
Spätkartoffel und außerdem als mittelfrühe Kartoffel „Di-
rektor Johanneßen“ geliefert werden. Die Preise dürften
sich ohne Fracht auf etwa 20—22 Mk. pro Zentner belaufen.

Ich ersuche, Bestellungen durch die Herren Bürgermei-
ster getrennt nach „Modrows Industrie“ und „Direktor
Johanneßen“ Kartoffeln bis spätestens zum 20. d.
Mts. bei mir einzureichen.

Später eingehende Bestellungen können nicht mehr be-
rückichtigt werden.

Der Vorsitzende des 8. landwirtschaftlichen Bezirks-Vereins:

J. B.

Scheuern.

Gesehen und genehmigt:

Der Chef der Militärverwaltung des Unterlahnkreises.

Chatras, Major.

An die Herren Standesbeamten der Landgemeinden.

Der Herr Minister hat in einem Spezialfall entschieden, daß die Bezeichnung „Frau“ für eine Angehörige des weiblichen Geschlechts nicht gleichbedeutend mit Ehefrau sei. Sie sei weder noch eine Personen-Standesbezeichnung, noch ein Teil des Namens, noch ein Titel, der verliehen werden müßte oder könnte, es könnte deshalb auch keiner ledigen Frau verwehrt werden, sich „Frau“ zu nennen. Die Verfügung des Ministers des Innern vom 31. Juli 1889, die der entgegengesetzten Ansicht Ausdruck gab, entbehre jeden Rechtsgrundes und entspreche nicht den heutigen Lebensverhältnissen und Tatsachen.

Dieses wird den Herren Standesbeamten zur Kenntnis mitgeteilt, mit der Anweisung, die Bezeichnung „Frau“ in die Standesregister nicht einzutragen.

Der Vorsitzende des Kreisausschusses.

J. B.

Scheuern.

Gesehen und genehmigt:

Der Chef der Militärverwaltung des Unterlahnkreises.
Chatras, Major.

Nichtamtlicher Teil

Deutsches Reich.

Dortmund, 10. Juli. Am Dienstag, Mittwoch und Donnerstag weilte der englische Oberst Pollot, Militärarzt, im Industriegebiet, um sich über die Schäden zu unterrichten, die der Krieg an der Gesundheit des Volkes angerichtet hat. Unter der Führung des Hauptmanns von Cochenhausen (Reichstammerrat) wurden die Städte Essen, Duisburg, Gelsenkirchen, Bochum und Dortmund besucht. In jeder Stadt fand zunächst eine Besprechung auf dem Rathause statt, wobei durch zuständige Persönlichkeiten an Hand des statistischen Materials Vorträge gehalten wurden. Anschließend erfolgte eine Besichtigung von Schulen, Kinderheimen, Krankenhäusern, Fürsorgeeinrichtungen, Arbeitsstätten und Arbeiterwohnungen. Hr. Oberst Pollot versprach, sogleich einen eingehenden Bericht über die wirtschaftliche Lage Deutschlands nach Paris zu senden. Eine sogleich einsetzende ausgiebige Belieferung mit Lebensmitteln hilft zurzeit noch wegen Frachtraummangels auf große Schwierigkeiten, da große Lebensmittelbestände nur in Südamerika und Australien vorhanden sind und Schiffsraum in genügendem Umfange erst nach der Rückführung amerikanischer und australischer Truppen zur Verfügung stehen wird.

Spartakus im Reiche.

Varmen, 9. Juli. Es steht heute bereits fest, daß der nächstjährige Haushaltsplan eine Mehrbelastung von 4 000 000 Mark erfahren wird, was einer Steuererhöhung um 80 Prozent gleichkommt. Im Anschluß an die Stadtverordnetenversammlung kam es in der Stadt zu Unruhen und Plünderungen. Die Erwerbslosen hatten sich auf dem Neumarkt zu einer Demonstration versammelt, um die restlose Bewilligung ihrer Forderungen durchzudrücken. Während sie 200 Mark für Verheiratete, 100 Mark für Ledige und für jedes Kind 50 Mark gefordert hatten, beschloß die Stadtverordnetenversammlung, und zwar einstimmig, also auch die Unabhängigen — ihnen 100 Mark bzw. 50 Mark zu bewilligen. Bei Bekanntgabe dieses Ergebnisses an die vor dem Rathause stehende, nach mehreren Tausenden zählende Menschenmenge entstand eine große Aufregung, wobei man den Versuch machte, das Rathaus zu stürmen, was an der starken polizeilichen Bewachung desselben scheiterte. Die Menge zog dann lärmend durch die Straßen, wo verschiedene kleinere Geschäfte und zwei große Konfektionsgeschäfte ausgeplündert wurden. Die Polizei schritt ein und verhaftete eine Anzahl Personen, die sich an den Plän-

derungen beteiligt haben. Im Laufe der Nacht kam es im Mittelpunkt der Stadt zu erregten Ansammlungen, doch wurden weitere Ausschreitungen vermieden.

Italien.

Bern, 10. Juli. Aus mehreren Städten Oberitaliens wird ein Wiederaufflackern der Feuerstürme gemeldet. Nach Mailänder Nachrichten sind die Verhandlungen bei den römischen Arbeitskammern mit den Behörden und Geschäftsleuten gestern gescheitert. Für Rom ist der sofortige Gesamtausstand beschlossen worden. Ganz Apulien ist von der Bewegung ergriffen, wo laut Avanti bereits Truppen zusammengezogen werden. Auch in Sizilien mehren sich die Ausstände.

Berlin, 11. Juli. Ueber die Wiederaufknüpfung der Handelsbeziehungen mit Italien fanden dieser Tage in München, Besprechungen statt. Es soll darauf hingewirkt werden, daß möglichst bald in Rom eine deutsche und in Berlin eine italienische Handels-Abteilung bei den diplomatischen Vertretungen eingerichtet wird.

Luftschifffahrt.

Flugpostpläne. Wie wir erfahren, hat der preussische Handelsminister die Errichtung der Flugverkehr-A.-G. mit dem Gesellschaftssitz in Frankfurt am Main genehmigt. Das Aktienkapital der in der Gründung begriffenen Gesellschaft wird 15 000 000 Mark betragen und sofort voll eingezahlt werden. Die Gründer verhandeln gegenwärtig mit den verschiedenen Behörden über die Einrichtung von sechs Flugpostlinien, die sämtlich ihren Ausgang in Köln nehmen sollen und gegebenenfalls auch Personenverkehr übernehmen wollen. Als Linien sind zunächst gedacht: Köln-Frankfurt-München, Köln-Stuttgart, Köln-Basel, Köln-Hamburg, Köln-Berlin und Köln-Breslau. Für den Betrieb sind zunächst etwa 200 Flugzeuge in Aussicht genommen.

Vermischte Nachrichten.

Berlin, 10. Juli. Ein Explosionsunfall ereignete sich gestern in der Berliner Kunstfeuerwerkerei von Reichmann u. Co. bei Weißensee. Dort entzündete sich durch Unachtsamkeit eine große Anzahl für die Heeresverwaltung bestimmten Explosivstoffe. Durch die Gewalt der Explosion flogen zwei Häuser in die Luft. Drei Personen wurden dabei getötet und mehrere verwundet.

Práun, 10. Juli. Südmähren hat durch eine katastrophale Ueberschwemmung schweren Schaden erlitten. Infolge eines Wollenbruchs, der Dienstagnacht niederging, schollen Ohschawa und March derart an, daß sie die ganze Umgebung überschwemmten. Die Eisenbahnverbindung mit der Slowakei ist unterbrochen. Die ganze Gegend zwischen Ungarisch Gradisch und Ungarisch Brod steht unter Wasser; auch Lubaschowitz ist überschwemmt, ebenso Wallachisch-Meseritzsch. Der ganze Bezirk wurde außerdem von Hagelschlag heimgesucht; stellenweise liegen die Schloßen über einen halben Meter hoch.

Radzionkau, 10. Juli. Am 9. d. M. gegen 9 Uhr abends wurde Leutnant Stephan bei einem Patronillengang auf dem Wege von Alt- nach Neu-Radzionkau von zwei hinter ihm gehenden Zivilisten durch vier Pistolenkugeln hinterrücks ermordet. Die Verfolgung der Täter wurde aufgenommen, war aber bisher ohne Erfolg. Anscheinend liegt ein Mordakt vor, da durch Stephan Plakate aufreizenden Inhalts entfernt wurden. Eine Hausdurchsuchung am Ort führte zur Beschlagnahme verbotener Waffen.

* Minister von heute. In Dresden erzählt man sich folgende niedliche Geschichte: Einer der Herren Minister ließ sich von einem vortragenden Rat die Akten über eine Verordnung zur Unterzeichnung vorlegen, und erbat sich eine Stunde Zeit zur Einsichtnahme. Den Akten lagen Schriftstücke aus dem Jahre 1848 bei, die zur Erläuterung herangezogen worden waren. Nach einer Stunde holte der Regierungsrat pflichtgemäß die Unterschriften ab. Zu seinem sicherlich nicht geringen Vergnügen entdeckte er, daß der Herr Minister die Akten aus dem Jahre 1848 nochmal unterschrieben hatte. Es geht nichts über Gründlichkeit!